



**Kreistagswahlprogramm Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Rems-Murr
zur Kommunalwahl 2004**

**Wir Grünen wollen mehr
soziale Gerechtigkeit
und
ökologische Verantwortung**

Leitlinien unserer Politik im Kreistag

**Wir Grünen setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit und mehr
BürgerInnenbeteiligung**

Darunter verstehen wir:

- Sicherstellung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch von benachteiligten Menschen
- Fürsorglicher Umgang mit Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind
- vielfältige und bedarfsgerechte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten
- Erwerbsarbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden
- Chancengleichheit – Geschlechter- und Generationengerechtigkeit
- Integration aller Bevölkerungsgruppen
- wohnortnahe Gesundheitsversorgung
- präventive Sozialarbeit
- ein besonderes Augenmerk für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Wir Grünen stehen für ökologische Verantwortung

Darunter verstehen wir:

- Beachtung der Rechte jetziger und künftiger Generationen
- Die Lebensqualität unserer Heimat können wir nur erhalten, wenn wir auch die Natur erhalten
- Schutz von Pflanzen und Tieren sowie ihrer Lebensräume
- Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit sind vereinbar
- zukunftsfähige Politik durch nachhaltiges Denken und Handeln



Diese Leitlinien sind für uns maßgebend bei der Durchsetzung und konstruktiven Mitgestaltung unserer politischen Ziele auf der Ebene des Landkreises.

Dafür suchen wir Bündnispartner. Wir schließen Kompromisse, wo dieses vertretbar ist.

Wir üben aber klare Opposition, wo dies erforderlich ist.

Wir können im Kreistag, als kleine Fraktion, nicht die Welt verändern – aber wir können, wenn wir für unsere Ziele genügend Unterstützung erhalten, im Rems-Murr-Kreis etwas bewegen.

Im folgenden Programm zeigen wir das Wichtigste von dem auf, „was war, was ist, was werden soll.“

Zum bürgerschaftliches Engagement ermutigen

Die Kommunen brauchen das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr denn je. Schon heute sind viele sportliche und kulturelle Angebote, aber auch soziale und gesundheitliche Dienstleistungen nicht mehr denkbar ohne die Mitwirkung von ehrenamtlich engagierten MitbürgerInnen.

Immer mehr gilt dies auch für die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse. **Weit über das Engagement von VerwaltungsmitarbeiterInnen, Gemeinde- und KreisrätInnen hinaus, bedarf es künftig verstärkt der aktiven Einbeziehung und Mitwirkung der BürgerInnen. Nur so können die politischen Entscheidungen mitgetragen und umgesetzt werden.**

Die Kommunen werden dabei mit weniger finanziellen Mitteln auskommen müssen. Nur mit einer in die Bürgerschaft hineinreichenden, offenen Diskussion können die richtigen Prioritäten gefunden werden.

Hierzu bedarf es vielfältiger Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden, zum Beispiel über projekt- oder themenbezogene Bürgerforen. So kann es gelingen, die in der „guten alten Zeit“ gewonnenen sozialen, kulturellen oder ökologischen Errungenschaften, künftig gemeinsam - mit öffentlichen und privatem Engagement - zu erhalten.

Unser Umgang mit dem Nächsten ist Gradmesser für eine humane Gesellschaft

Die Kassenlage der öffentlichen Haushalte führt zu einem verstärkten Abbau an öffentlichen Leistungen. Dies betrifft im Landkreis insbesondere die im sozialen Bereich reduzierten Landeszuschüsse. Ein kurzfristiges Kostendenken schafft hier die Probleme der Zukunft, sei es die reduzierte Sprachförderung, Kürzungen für den sozialpsychiatrischen Dienst oder im Asylbereich. **Der mühselig gelungene Ausbau der Sozialarbeit im Asylbereich und der Gewaltprävention darf nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Dazu gehört auch eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Ämtern und ehrenamtlichen Initiativen.**

Bei allen Haushaltsproblemen, wir müssen das richtige Maß für Einsparungen und Belastungen im Auge haben. Sparen wollen wir intelligent. Und zwar nicht nur durch pauschales Mittelkürzen, sondern auch durch die Überprüfung vorhandener Strukturen und Prioritäten.

Der beschlossene Ausbau der Vollzeitpflege durch Pflegeeltern zur Verhinderung von Heimaufhalten im Jugendbereich sei hier als geänderte Struktur beispielhaft erwähnt.



Weiterhin muss die Unterstützung der offenen Jugendarbeit durch den Landkreis in seiner finanziellen Ausstattung verlässlich bleiben. Mit dem endlich geschaffenen "Kreishaus der Jugend" für Kreisjugendring und Teile des Jugendamtes ist ein hoffnungsvolles Zeichen gesetzt.

Nach wie vor gibt es zu wenig Kooperationsmodelle zwischen den kreiseigenen Behindertenschulen und allgemeinbildenden Schulen. Hier wollen wir uns andere Landkreise zum Vorbild nehmen.

Die Versorgung des Landkreises mit Ganztageseinrichtungen für Kinder ist nach wie vor mangelhaft. Deren Ausbau und die Förderung der Tageselternvereine ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre für Städte, Gemeinden und den Landkreis.

Umsetzung des Gender Mainstreaming

(GM bedeutet, bei allen politischen und gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein angemessen und regelmäßig zu berücksichtigen.)

Wir setzen uns ein, für die tatsächliche Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es zusätzlich zur Frauenbeauftragten im Landratsamt, die für die Frauenpolitik und –förderpläne innerhalb der Kreisverwaltung zuständig ist, einer Koordinierungsstelle für alle BürgerInnen im Kreis. Wichtig ist auf jeden Fall, dass diese Stelle neben der traditionellen Frauen- und Gleichstellungspolitik auch die Strategie des Gender Mainstreaming verfolgt und damit die gleichstellungspolitischen Fragen in allen Ressorts verankert.

Denn Gender Mainstreaming begreift Gleichstellungspolitik als die gemeinsame Chance und Arbeit von Frauen und Männern für eine für beide Geschlechter gerechtere und lebenswertere Gesellschaft.

Das Gesundheitswesen neu ausrichten

Eines der wichtigen Themen der nächsten Jahre ist die Frage nach der Neuausrichtung des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik. Durch neue Abrechnungssysteme wird es zu kürzeren Liegezeiten und damit zu weniger benötigten Betten kommen. Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises hat mehrheitlich in einer Grundsatzentscheidung beschlossen, in Winnenden einen Neubau zu errichten und die bestehenden Häuser in Backnang und Waiblingen in ihrer jetzigen Funktion zu schließen.

Wir wollen, dass die bislang angenommenen wirtschaftlichen Prognosen und Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren vor einer anstehenden Bauentscheidung genauestens überprüft werden, ob sie sich aufrechterhalten lassen. Vor einer Bauentscheidung wollen wir ebenfalls prüfen, ob durch eine regionale Kooperation mit Stuttgart oder Ludwigsburg sich die Rahmenbedingungen verändern und eventuell noch andere Lösungen eine bürger- und wohnortnahe Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Unabdingbar wird das Erstellen einer Notarztkonzeption sein, damit auch künftig, die Hilfezeiten eingehalten werden können.

Während der Übergangszeit darf das medizinische Niveau der beiden Häuser in Backnang und Waiblingen keinen Schaden nehmen. Besonders wichtig sind uns auch die Beschäftigten. Ihnen muss aufgezeigt werden, wie ein sozialverträglicher Übergang gestaltet werden kann.



Gemäß dem von unserer Fraktion eingebrachten und vom Kreistag beschlossenen Antrag, muss der Kreistag über das von der Verwaltung vorzuschlagende Nachnutzungskonzept der vorhandenen Krankenhäuser entscheiden und beschließen.

Eine mögliche Nachfolgenutzung wäre eine Nachsorgeeinrichtung, die vor allem den Bedürfnissen der älter werdenden Bevölkerung entgegenkommt.

Mit der Prüfung regionaler Kooperationsmöglichkeiten und dem Verifizieren der bisherigen Annahmen wollen wir auch dazu beitragen, dass die tiefen Gräben, die diese Entscheidung sowie die vorangegangene Diskussion aufgerissen haben, im Interesse der BürgerInnen wieder geschlossen werden können.

Die Wirtschaft stärken

Eine lokal verankerte Wirtschaft ist Voraussetzung für den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und des kommunalen Steueraufkommens. Neben der Standortsicherung größerer Industriebetriebe ist deshalb vor allem dem Erhalt der Vielfalt mittelständischer Betriebe und des Handwerks große Bedeutung beizumessen. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die aufhört nur auf die "global players" zu starren und stattdessen den Mittelstand in den Mittelpunkt stellt und die ökologisch-sozialen Komponenten betont.

Hierzu bedarf es z.B. interkommunaler Zusammenarbeit für die Gewerbeflächennutzung sowie für die Sicherung von Gewerbe und Handel in den Zentren unserer Gemeinden und Städte.

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Mit der gezielten Vermarktung regionaler Produkte wird ein festes Band zwischen den Kommunen und der heimischen Wirtschaft gewoben. Nähe kann wirtschaftlich sein, wenn beide Seiten - ProduzentIn und VerbraucherIn - sich dieser Tatsache bewusst sind und danach handeln.

Wir wollen eine hohe Lebensqualität für die BürgerInnen im Rems-Murr-Kreis erhalten, indem wir unsere schöne Landschaft bewirtschaften, erhalten und pflegen. In den letzten fünf Jahren ist die Anzahl der Erwerbsobstbaubetriebe um mehr als 50% zurückgegangen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die finanziell weniger einträglichen oder unrentablen "Streuobstwiesen", die von diesen Betrieben mitbewirtschaftet wurden. Ganz generell gilt, dass sich ohne unsere Landwirte die vielfältigen Landschaftsbilder unseres Kreises nicht erhalten lassen. Die Pflege unserer Landschaft durch gewerbliche Unternehmen ist für die Gemeinden und den Kreis unbezahlbar. Die Landwirte brauchen unsere ideelle und finanzielle Unterstützung. Am besten dadurch, dass wir die VerbraucherInnen für die landwirtschaftlichen und weiterverarbeiteten Produkte aus der Region gewinnen.

Mit einer kreisweiten Offensive für ökologische Zukunftsinvestitionen, vor allem im Bereich der Solartechnik und den anderen erneuerbaren Energien sowie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung, sehen wir ein bedeutendes Auftragspotential für das Bauhandwerk und Baunebengewerbe.

In der Durchführung von kreisweiten "Innovations- und Zukunftsbörsen" sehen wir wesentlich mehr Chancen, Arbeitsplätze in unserer Region zu erhalten und neue zu schaffen, als in der Mitfinanzierung eines neuen Messestandortes auf den Fildern.



Wir müssen auf kommunaler Ebene Arbeitsplätze schaffen

Arbeitslosigkeit macht Menschen krank, zerstört Familien und reißt Riesenlöcher in die öffentlichen Kassen.

Die Landkreise müssen in gemeinsamer Verantwortung mit der Bundesagentur für Arbeit in den Jobcentern ihre Kompetenz bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder anderen Benachteiligten am Arbeitsmarkt einbringen.

Die Kommunen können wirksame Beiträge für Ausbildung und Beschäftigung leisten und dabei zu einem der wichtigsten Akteure der regionalen Beschäftigungspolitik werden.

Die im Landkreis aktiven sozialen Beschäftigungsunternehmen sind mit ihrer Kompetenz unverzichtbar und mit einzubeziehen.

Kein Mensch, der arbeiten will und kann, soll von der Arbeitswelt ausgeschlossen werden und auf Sozialgeld angewiesen sein. In unseren Gemeinden gibt es jede Menge Arbeit und andererseits immer mehr arbeitslose Menschen. Es ist allemal besser Arbeit als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Mit kreativen kommunalen "Ideenbörsen für Arbeit und Beschäftigung" wollen wir dafür sorgen, dass arbeitslose Menschen wieder Beschäftigung finden.

Ökologie ist das Denken an morgen

Eine der großen Herausforderungen für den Rems-Murr-Kreis liegt im Bereich des sensiblen und verantwortungsvollen Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen. Hierbei geht es vor allem um die Einschränkung des Flächenverbrauchs. .

Tag für Tag werden in Baden-Württemberg Flächen in der Größe von 24 Fußballfeldern versiegelt – viel zu viel Versiegelung findet auch in unserem Kreis statt.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Kreis flächennutzungspolitische Grundsätze beschließt, die sich an der Maxime "Flächenverbrauch minimieren" orientieren – zumindest als Handreichung für die Region, die die Planungshoheit besitzt, wie auch für die Städte und Gemeinden, die die konkreten Versiegelungen betreiben.

Bezüglich der Umsetzung der "Lokalen Agenda 21" hat sich, vor allem dank unseres Drängens, in den letzten Jahren einiges getan. Die "Lokale Agenda 21" bedeutet für Politik und Verwaltung, zusammen mit den BürgerInnen ein Zukunftsprogramm aufzustellen und Probleme vor Ort gemeinsam zu lösen. Dabei sollen Umwelt, Wirtschaft und das soziale Zusammenleben gleichermaßen berücksichtigt werden. Für uns hat die Umsetzung der "Lokalen Agenda 21" erst begonnen. Wir regen deshalb eine kritische Bestandsaufnahme des Agenda-Prozesses an. Mit Kreativität und innovativen Konzepten wollen wir diesem neuen Schwung geben.

Hierzu gehört auch unser Bestreben, eine Selbstverpflichtung der Betriebe voranzutreiben, damit die Flächen des Rems-Murr-Kreises nicht mit gentechnisch veränderten Pflanzen bewirtschaftet werden.

Ein Zukunftsmarkt innerhalb des Landkreises ist u. a. die Nutzung von Biogas und Biomasse. Unser Ziel ist es, den Rems-Murr-Kreis zu einem wichtigen Zentrum der Biomasse- und Biogasnutzung in Deutschland zu entwickeln. Dafür das notwendige politische Umfeld zu schaffen, halten wir für eine echte Herausforderung.

Der Kreis als Energieverbraucher muss seiner Funktion als "ökologischer Motor" gerecht werden. Hier haben wir viel erreicht: Seit zwei Jahren müssen neue Bauprojekte und Sanierungen 10% unter den Werten des Niedrigenergiestandards erstellt werden. Der Landkreis muss auch weiter mit gutem Beispiel vorangehen.

Mehrmals fiel bei Bauprojekten der Einsatz von Solarenergie kurzfristigem Kostendenken zum Opfer. Der Widerstand des Landrates gegen Windkraftanlagen im Rems-Murr-Kreis ist angesichts seiner Versprechungen vor der Landratswahl für uns nicht akzeptabel. Hier muss die Kreisverwaltung die Bremsklötze lösen.



Abfallwirtschaft sinnvoll gestalten

Die Abfallwirtschaft im Rems-Murr-Kreis hatte in den vergangenen Jahren eine schwere Krise zu bewältigen. Die nahezu völlige Auslagerung der Kompetenzen zur Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) hat u.a. dazu beigetragen, dass sich Strukturen verselbständigt haben.

Auch dank unseres Drucks haben der Kreistag und die Verwaltung die Konsequenzen gezogen und mit der von uns mitgetragenen Umstrukturierung der Abfallwirtschaft im Rems-Murr-Kreis einen Neuanfang gemacht.

Auch für den Aufsichtsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft haben wir eine Änderung vorgeschlagen, weil wir der Auffassung waren und sind, dass die Mehrheit der Aufsichtsräte ihrer Aufgabe nicht in genügendem Maße nachgekommen sind. Dieser Initiative konnte die Mehrheit des Kreistags nicht folgen.

Ab dem Jahr 2005 ist eine Deponierung von Hausmüll nicht mehr zulässig. Deswegen hat der Kreis mit der Stuttgarter Müllverbrennungsanlage einen Vertrag über die thermische Verwertung des Restmülls abgeschlossen, dem wir zugestimmt haben.

Angesichts der abfallpolitischen Herausforderungen ab 2005 gilt für uns weiterhin und erst recht das Motto "Vermeiden ist besser als verwerten und besser als verbrennen". Schwerpunkt unserer abfallpolitischen Arbeit im Kreistag wird deshalb die Müllvermeidung sein. Für entsprechende Aufklärungsarbeit seitens der AWG und der Verwaltung werden wir weiterhin Vorschläge machen. Wir setzen dabei auch in Zukunft besonders auf Information und Aufklärung der SchülerInnen. Auch Anreizsysteme, für weniger (Rest-)Müll auch weniger Gebühren bezahlen zu müssen sind wichtig.

Gleichzeitig wird es darauf ankommen, die viel zu groß angelegten Mülldeponien im Kreis, insbesondere die Deponie in Backnang-Steinbach, perspektivisch zurückzubauen, weil sie schlicht nicht mehr benötigt werden. Steinbach darf und wird nicht die Verbrennungsschlackedeponie der Region Stuttgart werden – dafür setzen wir uns massiv ein.

Mobilität und Lebensqualität der BürgerInnen verbessern

Mobilität ist für die BürgerInnen im Rems-Murr-Kreis ein großes Thema. Das Verkehrsnetz ist nicht in der Lage die großen Pendlerströme zu bewältigen. Mobilität ist nicht durch den Bau neuer Straßen zu gewährleisten. Durch den besseren Verkehrsfluss werden in der Folge mehr Fahrzeuge angezogen - siehe Kappelbergtunnel. Wir wollen ein schlüssiges Konzept für Auto und öffentlichen Personennahverkehr. Hierzu gehören attraktivere Angebote und Taktfrequenzen bis in den ländlichen Raum hinein. Die Ruftaxis sind hier ein adäquates Mittel, die Verbindungen wirtschaftlich und kundenfreundlich aufrecht zu erhalten.

Ein Mitspracherecht des Landkreises in den Entscheidungsgremien des VVS ist einzufordern, damit Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse über das jährliche Abnicken der Fahrpreiserhöhungen hinausgehen. Gleiches gilt auch für das Mitentscheidungsrecht beim Schülerticket.

Durch den Bau neuer und insbesondere den Ausbau alter Kreisstraßen wird der Kreishaushalt jedes Jahr stark belastet. Wir werden hier stärker noch als bisher jedes Neubau- und Ausbauprojekt kritisch unter die umweltverträgliche und wirtschaftliche Lupe nehmen. **Kreisstraßenbau kann nicht zu immer höheren und teureren Standards führen, sondern muss einen sicheren Verkehrsfluss garantieren. Tempolimits gehen vor teurer Sicherheitstechnik.**



Die „Verwaltungsreform“ kritisch begleiten

Die zur Umsetzung anstehende so genannte „Große Verwaltungsreform“ von Ministerpräsident Erwin Teufel bedeutet statt mehr Bürgernähe, Verschlinkung und Aufgabenkritik ein bloßes Verschieben von Aufgaben und Kosten auf die Land- und Stadtkreise.

Nur noch 20 % aller Aufgaben des Landkreises fallen in die Zuständigkeit des Kreistages. Dagegen sind 80 % aller Aufgaben des Landkreises reine Vollzugsaufgaben staatlicher Anordnungen.

Der daraus resultierende Machtzuwachs für die Landräte stärkt ihre Rolle in der Landkreisverwaltung. Sie sind bis heute nur durch den Kreistag, nicht aber direkt durch die BürgerInnen gewählt.

Ministerpräsident Teufel verspricht eine Effizienzrendite von 20 % durch die „Reform“. Wir werden darauf achten, dass uns der Landkreis die Kosten der „Verwaltungsreform“ transparent darlegt. Die „Verwaltungsreform“ darf keine Erhöhung der Kreisumlage von Städten und Gemeinden zur Folge haben.